

5 NOV 1962  
**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/223

Bonn, den 5. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |   | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 - 2         | Was Demokratie ist, bestimmen wir<br>-----<br>... und unsere Pension ist auch gesichert   | 13             |
| 3             | Neue Initiativen der Kulturpolitik<br>-----<br>Von Ulrich Lohmar, MdB                     | 43             |
| 4 - 5         | Halbzeit im bayerischen Wahlkampf<br>-----<br>Wiederaufwärmung der Dolchstoßlegende       | 69             |
| 5 - 7         | Schulreform - eine Lebensnotwendigkeit<br>-----<br>Sozialdemokratische Lehrer wiesen Wege | 69             |

Chefredakteur Günter Markscheffel

Was Demokratie ist, bestimmen wir

... und unsere Pension ist auch gesichert

sp - Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss hat mit der Polizeiaktion gegen den Spiegel nichts zu tun. Das erklärte er selbst dem in Nürnberg erscheinenden "Achtuhr-Abendblatt".

Wörtlich laut dpa vom 3. November 1962:

- \* "Ich machte Herrn Hopf auf unsere prekäre Situation mit
- \* den Worten aufmerksam: Wenn wir nichts tun, macht sich das
- \* Ministerium unter Umständen der Beihilfe zu dem Verbrechen
- \* des Landesverrats schuldig. Wenn wir etwas unternehmen, dann
- \* wird es heißen, der Strauss wolle sich an Augstein rächen."
- \* Staatssekretär Hopf habe den Standpunkt vertreten, daß das
- \* Bundesverteidigungsministerium ohne Rücksicht auf alle Even-
- \* tualitäten seine Unterstützung dem Bundesanwalt nicht ver-
- \* wehren dürfe. Er, Strauss, und sein Staatssekretär hätten
- \* dann beschlossen, daß die ganze "Spiegel"-Angelegenheit al-
- \* lein von Staatssekretär Hopf bearbeitet werden solle. "Für
- \* diesen Fall habe ich den Staatssekretär mit allen Vollmach-
- \* ten des Ministers ausgestattet und ihm absolute Entschei-
- \* dungs- und Handlungsfreiheit zugestanden." Wenn Sie so wol-
- \* len", sagte Strauss, "dann ist in dieser Zuständigkeit Herr
- \* Hopf augenblicklich der Chef meines Ministeriums."

So wissen wir nun, daß Herr Strauss nichts mit der Spiegel-Affäre zu tun hat und daß der Staatssekretär Hopf "augenblicklich" in dieser Angelegenheit der Chef des Verteidigungsministeriums ist. So kann man es auch sehen.

\* \* \*

Überhaupt: "Nichts damit zu tun" ist das Modewort eines Teiles gewisser Amtestellen in der Bundeshauptstadt geworden. Mit der Verhaftung des Spiegel-Redakteurs Conrad Ahlers und seiner Frau in Spanien hat auch niemand "nichts zu tun". Interpol nicht, das Auswärtige Amt nicht, die normale Polizei nicht - bitte! - wer noch?

Militärattaché Oster bei der bundesrepublikanischen Botschaft in Madrid war - wie Chefredakteur Heinrich Braune von der "Morgenpost" in Hamburg erklärte - Intimus und rechte Hand eines Landrats in Schongau, der auf den Namen Franz Josef Strauss schon früher hörte und auch als Verteidigungsminister auf ihn hört.

Herr Oster, in Madrid gefragt, ob er mit der Verhaftung des Redakteurs Ahlers etwas zu tun habe, meinte lakonisch, er sei "überfragt" zuständig für die Beantwortung einer solchen Frage sei - wenn überhaupt - das Verteidigungsministerium.

\* \* \*

Und so dreht sich das Rad weiter. Staatssekretäre "entlasten" ihre Minister, untergeordnete Beamte ihre Staatssekretäre, und wenn es ganz hart kommt, wird entweder auf "Karlsruhe" oder einen anderen Staatssekretär verwiesen, bei dem - einem unbestätigten Gerücht zufolge - die meisten "Verbindungen" zusammenlaufen sollen. Dieser Staatssekretär ist der oberste aller Staatssekretäre. Er heißt Globke. Was Minister, besonders, wenn sie nicht der CDU angehören, nicht wissen (sollen), weiß Staatssekretär Globke, die grau-schwarze Eminenz des Bonner Parketts.

Da gibt es von Staatssekretär zu Staatssekretär den "direkten Draht" über den immer dann - natürlich ganz außerdienstlich und freundschaftlich - gesprochen wird, wenn eine Sache für den Herrn Minister "noch nicht ganz spruchreif" ist. Das ist durchaus normal, denn warum soll ein Staatssekretär seinen Minister mit etwas "belasten", was man auch "unter sich" regeln kann? Aber was ist das für eine seltsame Clique? Allein zuständig ist der jeweilige Minister, daran gibt es nichts zu deuteln.

\* \* \*

Jedoch, wozu haben wir schließlich unsere Verbindungen, die - ach wie schön ist doch der Marsch vom "Alten Kameraden"! - bis in die spanische Geheimpolizei hineinreichen! ? So etwas vergisst man nicht, besonders dann nicht, wenn es um die Erhaltung des Abendlandes geht.

Und: Was Demokratie ist, bestimmen wir! Auch wenn wir nicht ganz sattelfest sind und in kritischen Situationen die "letzte Verantwortung" entweder "übertragen" oder mannhaft erklären, wir hätten nur einem "Befehl von oben" Folge geleistet. Die Pension ist auf alle Fälle gesichert, denn was dem Fränkel und dem Schlegelberger recht ist, das - liebe Freunde - bestimmt unser demokratisches Staatsbewusstsein.

## Neue Initiativen der Kulturpolitik

Von Ulrich Lohmar, MdB

Die beiden großen Parteien der Bundesrepublik veranstalten Anfang November in Süddeutschland kulturpolitische Tagungen. Die CDU beschäftigt sich auf ihrem Kongreß in Augsburg mit Problemen der Berufserziehung und Berufsausbildung. Dazu liegen dem Bundestag seit geraumer Zeit Gesetzentwürfe der SPD vor, ohne daß die Bundesregierung oder die CDU sich bisher zu eigenen Vorschlägen hätten entschliessen können. Die Tagung in Augsburg wird also wohl die Aufgabe haben, hier einen gewissen Nachholbedarf bei der Regierungspartei zu befriedigen. Im Interesse der Sache muß man wünschen, daß sich die Christlichen Demokraten zu einer zeitgemässen Konzeption durchringen.

Die Sozialdemokratie wird sich auf der kulturpolitischen Konferenz in München mit praktischen Problemen der Kulturpolitik befassen. Kultusminister, Bundes- und Landtagsabgeordnete und sachverständige Wissenschaftler werden darüber beraten, wie die Aufgaben in der Wissenschaftspolitik bewältigt werden können. Der Ausbau der Hochschulen bzw. der rasche Aufbau neuer Universitäten ist dabei das Kernstück. Aber es muß Klarheit darüber geschaffen werden, wie viele Studenten die deutschen Hochschulen in den nächsten fünfzehn Jahren aufnehmen sollen. Das konzipierte Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern läßt einige weitere Fragen offen: Bedarf dieses Abkommen der Ergänzung durch ein Bundesforschungsgesetz? Ist es zweckmässig, der Bundesregierung zu raten, ein eigenes Ministerium für die Wissenschaftsförderung zu bilden? Wie kann man erreichen, daß die Wissenschaftspolitik zu reichender als bisher auf brauchbaren kulturstatistischer Analysen aufbauen kann?

Die Länderkonferenz wird sich weiter mit der Gründung einer Film- und Fernsehakademie befassen. Als der Kulturpolitische Ausschuss des Bundestages sich im Sommer dieses Jahres mit der Situation der Filmwirtschaft befasste, forderte die SPD die Einrichtung einer Filmakademie, um eine systematische Nachwuchsausbildung zu sichern. Ob man das Fernsehen in eine solche Akademie einbeziehen kann, wo der Sitz der Akademie sein soll und wie ihre Konstruktion zweckmässig gestaltet werden könnte, das bedarf der Entscheidung. Der Plan, eine Film- und Fernsehakademie zu gründen, ist mittlerweile auch von Kulturpolitikern der CDU aufgegriffen worden. Wenn diese Akademie eine tragfähige Grundlage erhalten soll, wird es allerdings darauf ankommen, sie von Anfang an von parteiegoistischen Erwägungen freizuhalten.

Im ganzen Bereich der Kulturpolitik geht es nach wie vor darum, eine Konzeption auf lange Sicht zu entwickeln. Sie kann nur entstehen aus dem gemeinsamen Bemühen der verantwortlichen Politiker vor allem der großen Parteien. Die "Große Koalition der Bildung", von Waldemar von Knoeringen vor Jahr und Tag gefordert, ist nach wie vor notwendig.

### Halbzeit im bayerischen Wahlkampf

Kv.-Nur wenige Wochen trennen Bayern von dem Tag, der als Wahltag vermutlich keine Sensationen, doch aber Verschiebungen des Kräfteverhältnisses im Landtag und damit die Entscheidung über die Ausrichtung der Landespolitik für die nächsten vier Jahre bringt. Meinungsforscher und Politiker sind sich ziemlich einig, daß die kleinen Parteien wenig Aussicht haben, in den Landtag zurückzukehren. Um allem wahlpolitischen Unbill nach Kräften vorzubeugen, hat die FDP nun laut und deutlich verkündet, daß sie im nächsten Landtag auf keinen Fall mit den Sozialdemokraten zusammengehen werde. Offenbar will sie sich damit in konservativen Kreisen beliebt machen. Trotz Stammbergers bemerkenswerter Geste in der Spiegel-Affäre baut die bayerische FDP also nicht auf die liberalen Kräfte sondern auf die heimatlose Rechte.

Ein Vorspiel hierfür gab bereits vor einiger Zeit die wiederholte Abstimmung über die Wahlkreisliste in Oberbayern, in der die in Schulfragen liberal eingestellte bisherige Abgeordnete Dr. Hamm-Brücher wiederum ziemlich weit rückwärts placiert wurde. Allerdings hat dies nur optische Bedeutung. Nach dem bayerischen Wahlsystem kommt es auf die Erst- und Zweitstimmen, nicht auf den Platz in der Wahlkreisliste an.

Bemerkt wurde auch die Tatsache, daß in der Landeshauptstadt München der von den CSU-Parteigremien nach der bekannten Fagung über die Frage, ob Franz Josef Strauss künftig Bayerns Geschicke leiten solle, benannte künftige Ministerpräsident Goppel nicht den Wahlkampf eröffnete. Es war jedoch auch keine politische Rede, die da an seiner statt der Finanzminister Eberhard hielt. Sie drückte lediglich das Mißvergnügen aus, daß in der Stadt München eben nicht die CSU, sondern die SPD an der Spitze steht. Daher beanstandete er die Wahl eines neuen Leiters der städtischen Werke im Münchener Stadtrat, die mit Unterstützung der Sozialdemokraten auf einen eingearbeiteten Fachmann statt auf den von der CSU geforderten Parteivertreter gefallen war.

Damit sind Niveau und Problemstellung gegeben, die von der vorherrschenden politischen Partei in Bayern zur Landtagswahl geboten werden. Auf der Landestagung in Nürnberg sprach man sowieso nur über bundespolitische Fragen. Das erklärt sich leicht durch die Tatsache, daß

sonderbarerweise in dem oft als so föderalistisch bezeichneten Bayern die Bundespolitiker den Apparat der CSU, die sich auf ihren Charakter als Landespartei viel zu gute tut, beherrschen.

So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß bundespolitische Fragen in den Vordergrund treten und der Generalsekretär Zimmermann, der als Bundestagsabgeordneter im Geiste mehr in Bonn als in München ist, einen heftigen Angriff gegen den Sozialdemokraten Kahn-Ackermann vom Stapel ließ. Dieser Angriff konnte umso weniger unter dem Begriff des - zuvor vereinbarten - fairen Wahlkampfes rubrizieren, als der frühere bayerische Ministerpräsident Prof. Dr. Hoegner von einer Rundfunkansprache auf Ersuchen des Intendanten zurückgetreten war, um der CSU eine Replik zu ermöglichen. Es war aber keine Replik auf einen Rundfunkvortrag von Kahn-Ackermann, sondern ein Generalangriff auf die SPD, der Zimmermann die nationale Zuverlässigkeit absprach. Das wiederum ist auch in Bayern keine Neuigkeit. Zu Beginn der Erörterungen über ein Notstandsgesetz hatte schon Bundestagsvizepräsident Dr. Jäger die Gefahren erschrecklich an die Wand gemalt, die da entstehen könnten, wenn der "rote Mob" in München und Nürnberg, also in zwei sozialdemokratisch verwalteten Städten, die Ruhe und Ordnung stören würden.

In dem neu aufgerollten Fall geht es allerdings ganz einfach um den Versuch der Unterbindung der freien Meinungsäußerung eines Journalisten, der hierzu wohl auch ein Recht hat, wenn er als Sozialdemokrat dem Bundestag angehört. Im CSU-Landesdienst kam dabei wieder das Wort "Dolchstoß" in Umlauf. Der Dolchstoß sollte, so meinte die CSU, gegen unsere Verteidigungsbereitschaft geführt werden. Damit stellte sich die CSU auf das Niveau jener nationalistischen Propagandisten, die nach 1918 es nicht wahr haben wollten, daß Deutschland einen Krieg verloren hatte und dann die sattem bekannte Dolchstoßlegende erfanden.

Die landespolitische Linie der CSU, die mit "Leistung" und "Fortschritt" als gängige Schlagworte operiert, gerät dabei allerdings stark in den Hintergrund. Ebenso die von Finanzminister Eberhard betonte Sorge um die Gemeindefinanzen. Offenbar haben die Bundespolitiker der CSU in ihrer Partei die weitaus stärkeren Ellenbogen als die in der Landespolitik tätigen Männer.

## Schulreform - eine Lebensnotwendigkeit

A.O. - In der Auseinandersetzung mit dem Osten genügt die militärische Rüstung nicht, vielmehr ist die geistige ebenso wichtig, vielleicht sogar noch bedeutungsvoller. Keiner der Delegierten der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer sprach diese Erkenntnis auf der pädagogischen Arbeitstagung und Jahreshauptversammlung der ASL in Lübeck wörtlich aus; in allen Referaten, Berichten und Diskussionsbeiträgen aber war sie unüberhörbarer Grundgedanke.

Das heutige Schulwesen in der Bundesrepublik wird den Forderungen der heutigen Zeit und der heutigen Gesellschaft nicht mehr gerecht. Zu diesem Ergebnis kamen Referenten und die drei Arbeitsgruppen, die sich mit der Situation unseres Schulwesens drei Tage lang intensiv befaßten und in teilweise sehr offenen Diskussionen um Wege bemühten, Abhilfe zu schaffen, eine Reform vorzubereiten, die jedem Lebensnotwendig erscheinen muß, der sich im Hinblick auf die West-Ost-Auseinandersetzung nicht allein auf das atomare Patt verlassen will.

Stadtschulrat Otto Harde aus Hannover war der erste, der die Probleme klar und realistisch anfaßte. In einem aufsehenerregenden Grundsatzreferat legte er das "Argument" beiseite, das so mancher Kulturpolitiker tonnscher Prägung so gern als Mäntelchen um den eigenen Aktivitätsmangel hängt, indem er behauptet, Chruschtschow sei durch den Mangel an Arbeitskräften gezwungen worden, die Schüler schon vor Vollendung der Schulpflicht in die Betriebe zu schicken. Harde wies nach, daß in der Sowjetunion die polytechnische Ausbildung durchaus bildungspolitisch und nicht wirtschaftspolitisch gemeint ist, daß es insbesondere um die Erweiterung des Begriffs "Allgemeinbildung" geht. Harde redete keineswegs dem sowjetischen Schulsystem das Wort, machte aber sehr deutlich, daß sich die Bundesrepublik mit ihrem derzeitigen System "Allgemeinbildung plus Berufsbildung" gerade in der heutigen Zeit mit dem sowjetischen System "Allgemeinbildung durch-Berufsbildung" auseinandersetzen muß.

Harde sparte nicht mit Kritik an unserem "antiquierten System", an der beschämenden Vernachlässigung der Talente und des Lernenden und Lehrenden akademischen Nachwuchses, an der "naiven Voraussetzung, daß man die Altersgruppe der Unmündigen erziehen könnte, ohne der Generation, die schon mündig sein sollte, weh zu tun". Und Harde hatte den Mut, den einzigen Ausweg aufzuzeigen, der allerdings vielen Pseudomündigen in der

Tat weh tun wird: Das soziale System, d.h. die Gesellschaft und ihre Ordnung, muss geändert, verbessert werden.

Konkretes dazu legten die Arbeitsgruppen vor, deren eine sich nicht scheute, offen und ehrlich den Konfessionalismus als Hauptherd unserer schulischen Zersplitterung zu nennen. Die zweite Arbeitsgruppe, die sich mit den Berufsaufbauschulen, dem zweiten Bildungsweg befaßte, stellte die Forderung auf, daß sich Berufsschule, Berufsfachschule und Fachschule nicht auf die Vermittlung von Kenntnissen beschränken dürfe, sondern vorstoßen müsse zur Vermittlung von Einsicht und Erkenntnissen. "Jeder neue Anlauf zu einem schulischen Teilaufstieg muß starten von der Plattform eines Berufsbildungsabschlusses und führen zu einem neuen Berufsbildungsabschluß". Das ist nicht nur eine Forderung, das ist ein klares Aufzeigen von realisierbaren Möglichkeiten innerhalb der Schulreform.

Das Saarbrückener Abkommen ist nach Auffassung der sozialdemokratischen Lehrer ein notwendiger erster Schritt zur Schulreform, und die ASL wendet sich scharf gegen alle Versuche, die Durchführung des Abkommens zu erschweren. Auch die dritte Arbeitsgruppe, die sich mit der Oberstufenreform der Gymnasien befaßte, blieb nicht in Theoretischen stecken. Auch sie stellte Forderungen auf, die nicht ins Blaue zielten, sondern deren Verwirklichung möglich, ja, notwendig ist. Zwei seien besonders erwähnt: Die Gemeinschaftskunde muß Kernstück des Geschichtsunterrichts werden, und, an öffentlichen Schulen sollten in weit größerem Umfang als bisher Schulversuche durchgeführt werden. Diesen Versuchen ist eine angemessene Freiheit zu sichern.

Wer täglich miterlebt, wie verschwindend wenige Jugendliche sich ernsthaft Gedanken um politische Vergangenheit und politisches Tagesgeschehen machen, wer täglich sieht, welche Wand von Antiquiertheit sich gegen jeden modernen Schulversuch erhebt, wer dann an die erwähnte geistige Auseinandersetzung mit dem Osten denkt und sich die Rolle vergegenwärtigt, die nach jetziger Situation die Bundesrepublik in dieser Auseinandersetzung spielen wird, der wird feststellen müssen: Die Schulreform ist eine Lebensnotwendigkeit für uns. Die sozialdemokratischen Lehrer haben Wege gewiesen, es wird Zeit, daß man beginnt, sich zumindest mit ihren Forderungen ehrlich auseinanderzusetzen.

+ + +